

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Cöha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinleinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staunditz, Therna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 21.50 mit Ausstragen, Post einschl. der Postgebühren 1/2, jährlich Mk. 60.— Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 3.— Mk., auswärts 4.— Mk. Amtlicher Teil Mk. 6.—, Reklamazeile Mk. 6.—, Beilagegebühr pro Nummer Mk. 100.—, Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, spätere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Aussträgern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Telefon: Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Gänge & Gule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 98

Mittwoch, den 23. August 1922

33. Jahrgang

Amtliches.

Herrn Bädermeister Theodor Kraß ist die Genehmigung erteilt worden, auf seinem gepachteten, an der Parthenstraße hier gelegenen Grundstück, Flurbuchs Nr. 372 des Flurbuchs für Naunhof, Fußangeln zu legen.
Naunhof, am 21. August 1922. Der Bürgermeister.

Mittwoch, den 23. August 1922, vorm. 11 Uhr sollen in Naunhof im Gasthof z. Stadt Leipzig eine Anzahl herrschaftl. Möbel, Teppiche und dergl. gegen Barzahlung meistbietend versteigert werden.
Grimma, den 21. August 1922. Q. 743/22.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die beiden Vertreter des Weberberufsausschusses, Brabburd und Mauls, hatten am Montag eine Unterredung mit dem Reichsanwalt.
- Entgegen falschen Meldungen der Auslandspresse wird festgestellt, daß die Weizenläufe des Deutschen Reiches bisher sämtlich bezahlt sind, und daß auch für die am 15. Dezember fälligen Beträge Deckung vorhanden ist.
- Die bayerischen Minister Schöberl und Gärtner sind nach beendeter Unterredung mit dem Reichsanwalt nach München zurückgekehrt.
- Generalfeldmarschall von Hindenburg ist zu einem Besuch in München eingetroffen, wo zu seiner Begrüßung verschiedene Festschreiben stattfanden.
- Der Diplomingenieur Benzgen hat in der Rhön einen neuen Segelflugerford von über zwei Stunden aufgestellt.

Immer wieder Verhandlungen!

Zur Abwechslung ist es diesmal die Hauptstadt des Deutschen Reiches, die zum Schauplatz wichtiger Verhandlungen gemacht worden ist. Einmal waren es die Herren, die die leitenden Herren der Reichsregierung erneut für ihre Wünsche in Anspruch nahmen. Abermals hat man zwei Tage zusammengeessen und sich Mühe gegeben, eine Verständigung zu erreichen, unter der die etwas aus dem Gleichgewicht geratene innerpolitische Rechtslage zwischen Reich und Bayern wieder ins Gleichgewicht gebracht werden könnte. Auch diesmal hat der Reichspräsident persönlich an den Verhandlungen teilgenommen, und auch diesmal sind die Münchener Herren wieder von Berlin mit der Erklärung abgereist, daß die beklagten Unstimmigkeiten aus Anlaß der Schutzgesetze für die Republik als beseitigt gelten können. Man darf hoffen, daß sie jetzt nicht mehr von ihren heimischen Auftraggebern im Stich gelassen werden, und daß damit die Methode der Geduld und der Friedfertigkeit von Erfolg gekrönt sein wird. Wir können uns Konstellationen dieser Art heute wirklich weniger denn je leisten.

Geduld und Friedfertigkeit hat die Reichsregierung auch in allen ihren Verhandlungen mit der Entente bis dicht an die äußerste Grenze des Möglichen an den Tag gelegt; sie selbst ist weit davon entfernt, diese Art der Geschäftsführung als erfolgreich zu bezeichnen. Kleine Fortschritte der Erkenntnis, die hier und da unzweifelhaft eingetreten sind, haben noch keinerlei Einwirkung auf das praktische Verhalten unserer ehemaligen Feinde herbeizuführen vermocht, und selbst da, wo der Wille zu besterem Tat sich regte, ist er doch immer wieder vor tief eingewurzeltem Haß, vor unüberwindlichem Mißtrauen anderer Stellen und Kräfte zurückgewichen. Mittlerweile ist es mit uns so weit gekommen, daß von einer Aufrechterhaltung der Erfüllungspolitik schlechterdings nicht mehr gesprochen werden kann. Die fortschreitende Entwertung unseres Geldes stürzt uns in Not und Verzweiflung, und niemand kann sagen, wie lange es noch möglich sein wird, alle Last der Verantwortung einfach auf die steigende Produktion der Notenpresse zu überschreiben. In London sind die Staatsmänner der Entente ohne jedes Ergebnis auseinandergegangen, und die Entschädigungskommission weiß vorläufig auch nur zu sagen, daß etwas geschehen müsse. Weiter aber reicht ihre Weisheit nicht, und so hat sie abermals zu dem Verlegenheitsmittel neuer Verhandlungen gegriffen, die sie diesmal durch zwei Beauftragte, den Engländer Brabburd und den Franzosen Mauls, in Berlin führen läßt. Wie lange ist es her, daß das sogenannte Garantiekomitee gleichfalls im Auftrage der Wiederherstellungskommission wochenlang in Berlin untersucht und verhandelt und über das Ergebnis dieser ihrer Tätigkeit in London und Paris Bericht erstattet hat! Man sollte meinen, daß danach genügend Klarheit über unsere wirtschaftliche und finanzielle Lage auch im Feindeslager endlich erzielt sein müßte. Wenn trotzdem abermals mühselige Verhandlungen in Berlin veranstaltet werden, so liegt der zwingende Schluß nahe, daß man eben auf der Gegenseite die Konsequenzen, zu denen unsere Lage unweigerlich nötigt, nicht ziehen will; man glaubt vielmehr verpflichtet zu sein, sich mit Herrn Poincaré über seine berühmten „produktiven Pfänder“ zu einigen — auf Kosten Deutschlands selbstverständlich —, gleichviel, ob dessen Lage dadurch noch hoffnungsloser gestaltet würde, als sie ohnedies schon ist.

Der Reparationskommission könnte freilich in diesem Augenblick kein größerer Dienst erwiesen werden, als wenn die deutsche Regierung selber irgend etwas den „produktiven Pfändern“ Ähnliches als Entgelt für die Bewilligung eines Zahlungsausschubes den in Berlin eingetroffenen Herren anbieten würde. An kleinen Ermutigungen zu einer solchen Torheit größten Stils hat es in den letzten Tagen nicht gefehlt, und auch die Vorpiegelung der Möglichkeit, auf dem Wege direkter Verhandlungen mit Frankreich zu irgendeiner erträglichen Gestaltung seiner Lage zu gelangen, war gewiß nichts weniger als darmlos gemeint. Der Reichstag ist nicht versammelt, um so größer ist die Verantwortung des Kabinetts, falls es von den bis jetzt geltenden Richtlinien der Volkserziehung abweichen sollte. Wir möchten glauben, daß die Versuchung dazu äußerst gering sei; denn wie es mit uns steht, sind wir gar nicht mehr imstande, mit ehrlichem Gewissen neue Versprechungen zu geben.

Die Vorschläge der Pariser Delegierten.

Über die Verhandlungsgrundlagen, die Brabburd und Mauls den Berliner Besprechungen zugrundelegen wollen, weiß das Londoner Blatt „Times“ u. a. folgendes zu berichten: In Wirklichkeit würde Deutschland kein Moratorium gewährt werden, aber Belgien würde statt Bargeld sechsmonatige Wechsel nehmen, die von Deutschland auf die sogenannten D-Banken, nämlich die Dresdner Bank, Deutsche Bank, Diskontogesellschaft und Darmstädter Bank gezogen seien. Es sei jedoch zweifelhaft, ob die D-Banken für diesen Plan zu haben sein würden. Die Goldreserve des Reiches müßte von der Reichsbank nach dem befestigten Gebiet gebracht und von den Alliierten als Pfand angelehnt werden. Da sie eine Milliarde Goldmark betrage, würde sie ein ebenso wertvolles Pfand darstellen wie die Bergwerke und Wälder. Eine Art der Kontrolle von Bergwerken und Wäldern würde von der Reparationskommission immer noch zugelassen werden, vorausgesetzt, daß der Poincaré'sche Plan genügend abgeändert werde, um diesen für die deutsche Regierung annehmbar zu machen. Eine umfassende Regelung würde, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet, von Brabburd mit der deutschen Regierung erörtert werden. Dies würde, sofern diese Regelung für durchführbar erachtet werde, den augenblicklich gestellten Forderungen nach produktiven Pfändern untergeordnete Bedeutung geben. Diese umfassendere Regelung beziehe sich auf die Teilung der deutschen Schulden in zwei Abschnitte, in eine Jahreszahlung von beispielsweise 2 Milliarden Goldmark, zahlbar während 30 Jahren (auch von einer 30jährigen Basis sei die Rede gewesen). Der andere Abschnitt umfasse eine nach 30 Jahren zahlbare Grundsumme von 100, möglicherweise 110 Milliarden Goldmark. Man erkennt ohne weiteres, daß diese „Vorschläge“ zum größten Teil unmögliche Verhandlungsgrundlagen darstellen. Vor allem die auch hier wieder angestrebte Politik der Pfänder steht von vornherein im Widerspruch zu einer Erhöhung der deutschen Leistungsfähigkeit, ohne die eine wirklich „umfassende“ Regelung nicht denkbar ist.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Außenpolitische Einheitsfront.

Der Arbeitsausschuß deutscher Verbände, in dem sich gegen 600 kulturelle, politische und wirtschaftliche Verbände der verschiedensten politischen Richtungen zum Kampfe gegen die Lüge von Deutschlands alleiniger Verantwortlichkeit am Weltkrieg mit dem Ziel der Revision des Versailler Diktats zusammengeschlossen haben, gibt angesichts der jetzt herausbesprochenen schweren Krise im Namen seiner Mitglieder die Erklärung ab, daß sie sich als außenpolitische Einheitsfront hinter jede zur Wahrung des Rechtes gegen fremde Vergeßlichkeit entschlossene Regierung stellen. Der Arbeitsausschuß erwartet, daß die Reichsregierung den immer erneuten Versuchen, das deutsche Volk unter dem Vorwande seiner alleinigen Verantwortlichkeit für den Krieg wirtschaftlich und politisch zugrunde zu richten, nachdrücklichst Widerstand leistet und zur Wahrung der Ehre und des Ansehens des deutschen Volkes entschlossen allen Forderungen entgegentritt, die Deutschland die Lebensmöglichkeit nehmen.

Der Friedenswille des Reichsanwalters

hat jetzt aus dem Munde eines hervorragenden amerikanischen Politikers eine neue Anerkennung erfahren. Der augenblicklich in Berlin weilende amerikanische Senator Cox, Führer der demokratischen Partei in den Vereinigten Staaten, hatte eine längere Unterredung mit dem deutschen Reichsanwalt, nach der er gegenüber einem amerikanischen Journalisten sagte: „Kein Staatsmann Europas trägt ein größere Verantwortlichkeit als der Reichsanwalt Birch. Ich bin durchaus überzeugt, daß er Frieden und Ruhe in der ganzen Welt eindrucksvoll wünscht.“

Staatshilfe gegen die Brennstoffnot in Braunschweig.

Vom Hauptauschuß des Braunschweiger Landtages ist die Summe von 7 1/2 Millionen Mark bereitgestellt worden, die dazu bestimmt ist, die Brennstoffnot in den minderbemittelten Kreisen des Landes zu lindern. Die Summe wird den Gemeindeführern des Landes zur Verfügung gestellt, falls diese bereit sind, ein Drittel des auf sie entfallenden Teilbetrages für den gleichen Zweck ihrerseits aufzubringen. Die Verbraucher haben die Hälfte des Tagespreises im Kleinhandel selbst zu tragen.

Deutsch-englische Friedensstundgebung in Berlin.

Die englische Gruppe der Internationalen Schiedsgerichtsstiftung überreichte in der von den Gewerkschaften und den beiden sozialistischen Parteien am Sonntag in Berlin veranstalteten deutsch-englischen Friedensstundgebung eine Adresse, in der es heißt, es handle sich um eine Stundgebung des guten Willens, von Männern verschiedener politischer Anschauung dargebracht, die aber in dem Wunsche einig seien, den Deutschen die Hand zu bieten. In der Versammlung sprach der Engländer Thomas Kemedy über die Notwendigkeit internationaler Solidarität zur Erhaltung des Friedens und der Engländer John Joy über die Forderung: Nie wieder Krieg!

Hindenburg in München.

Der Generalfeldmarschall von Hindenburg ist zu einem Besuch in München eingetroffen, wo er einer Kundgebung der Studentenschaft und einer Parade der Reichswehr beizuwohnte. Auch die Behörden und die Generale der alten Armee begrüßten den Marschall. Für die Reichswehr war eine von der allgemeinen Feier getrennte Ehrung des Generalfeldmarschalls vorgesehen. Diese Ehrenfeier hat ihren Grund in bestimmten Vorschriften, in welchen unterschieden wird, ob es sich um eine offizielle Veranstaltung oder um eine private Festlichkeit handelt. Die Hindenburgfeier ist eine Privatfeier.

Freigabe der deutschen Vermögen in Japan?

Wie gemeldet wird, hat sich die japanische Regierung mit der Freigabe der deutschen Vermögen in den früheren deutschen Südsibirien beschäftigt. Die Beratungen haben sich inzwischen so weit verdichtet, daß gewisse Gewissheit besteht, deutsche Vermögen bis zu 10 000 Yen restlos, und größere Vermögen im Verhältnis freizugeben.

Arbeiterproteste gegen polnische Begehrlichkeit.

Der Gesamtbetriebsrat der Debit-Schächte protestierte namens der Belegschaft energisch gegen die neuen Forderungen des polnischen Kommissars wegen der Zuteilung der Debit-Schächte an Polen. Die Grenzkommission werde es nicht wagen können, die überwiegend deutsche Belegschaft mit ihrer Anlage, auf welcher der größte Teil der vertriebenen Flüchtlinge aus Polnisch-Oberschlesien seinen letzten Brotverdiener gefunden, gegen den Willen der großen Masse an Polen zu verschachern.

Deutsch-Osterreich.

× Eine Konferenz der interparlamentarischen Union findet am 28. August in Wien statt. Die Union besteht aus 26 nationalen Gruppen der europäischen, amerikanischen und asiatischen Parlamente. Unter den Angemeldeten befinden sich 26 Deutsche. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Frage der nationalen Minoritäten, die Abrüstung, die Wirtschaftslage Europas, die Mandatsfrage der Kolonien und der Völkerbund.

Frankreich.

× Der Verleumder Poincaré hat es gerade in diesen Tagen, in denen allerlei Sagenhaftes über eine deutsch-französische „Verständigung“ berichtet wird, für angebracht gehalten, eine seiner berüchtigten Reden vom Stapel zu lassen, die von Verleumdungen über Deutschland und die deutsche Kriegführung zu frohen Pflegen. In Thiaucourt, wo seinerzeit von Einwohnern auf deutsche Truppen geschossen wurde, wechelte ein Strafgericht über diesen Ort verhängt werden mußte, sagte er bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals: „Es gibt Dinge, die wir nicht begraben dürfen und die wir uns von Zeit zu Zeit vor Augen halten müssen, um Lehren daraus zu ziehen. Die deutschen Soldaten haben sich unter Euren Augen als Mörder und Brandstifter erwiesen. Es war nicht mehr Krieg, sondern ein diszipliniertes Barbarentum, eine offizielle Ermordung zu gemeinen Verbrechern.“

× Militärische Paris-Mainz. Der Kommandant des Luftgeschwaders, das einen Flug von Paris nach Mainz zurückgelegt hat, Leutnant Dastide, erklärte: Zum erstenmal hatte der Minister einen gemeinsamen Flug wie diesen genehmigt. Es ist von uns der Beweis geliefert worden, daß im Bedarfsfälle ein oder mehrere Geschwader in ganz kurzer Zeit zur Verstärkung (!) entsandt werden können und daß wir auch zur rechten Zeit ankommen. Das ist der beste Beweis, daß unsere Militärflugschiffahrt ihrer Aufgabe gewachsen ist. — Und alles das gegen das wehrlose Rheinland!

Nordamerika.

× Die neue amerikanische Zollvorsorge ist vom Senat in Washington angenommen worden. Sie wird als eine außerordentlich schutzillnerische Maßnahme hingestellt. Sie enthält 2200 Änderungen der Vorlage, wie sie vom Repräsentantenhaus angenommen war. Die Senatsvorlage ermächtigt den Präsidenten, bis zum 1. Juli 1924 die Zölle nach oben und unten bis zu 50 Prozent abzuändern. In vielen Einzelheiten sieht die Vorlage viel höhere Sätze vor als die des Repräsentantenhauses. Außer hohen Zöllen auf Chemikalien verlangt sie auch Zölle auf Stahlwaren in Höhe von mehreren hundert Prozent, auf Spitzen mit 90 Prozent. Sie fordert schließlich die ausländische Bewertung, die des Repräsentantenhauses die amerikanische. Die Vorlage geht nun dem Konferenz-Ausschuß zu, der dem Bewertungssplan zustimmen muß.